

# PRESSEMITTEILUNG



## Gaza: BIG Partei erstattet Strafanzeige gegen die deutsche Bundesregierung wegen Verdacht auf Völkermord

Frankfurt am Main, 5. März 2024

**Die BIG Partei hat am 28. Februar 2024 eine Strafanzeige gegen die Bundesregierung wegen des Verdachts auf Beihilfe zum Völkermord in Gaza erstattet. Grund sind die deutschen Rüstungsexporte, darunter auch Kriegswaffen, die 2023 im Wert von 326,5 Millionen Euro gemäß Wirtschaftsministerium an Israel genehmigt wurden. Das sind zehnmal so viele wie in 2022. Der Großteil dieser Genehmigungen wurde nach Kriegsausbruch im Oktober 2023 erteilt.**

Haluk Yildiz, Vorsitzender der BIG Partei, betont: „Mit unserer Strafanzeige verfolgen wir das Ziel, dass die deutsche Unterstützung für den Völkermord in Gaza aufhört. Die deutsche Regierung darf nicht weiterhin Komplizin dieses Kriegsverbrechens bleiben. Sie muss rechtlich zur Rechenschaft gezogen werden.“

Die Empathielosigkeit, die die Bundesregierung seit Beginn des Krieges gegenüber dem Leiden der Menschen in Gaza zeigt, ist eine moralische Bankrotterklärung Deutschlands in der Welt und ist ein Offenbarungseid in Sachen Doppelstandards. Bisher wurden über 30.000 Palästinenser getötet, zweidrittel der Opfer sind Frauen und Kinder.

Die BIG Partei fordert die Bundesregierung auf, einzugreifen, damit

- das systematische Blutvergießen an unschuldigen Zivilisten aufhört
- die Menschen in Palästina wieder sicher sind
- das Völkerrecht und die damit verbundenen Menschenrechte, die seit Monaten von der israelischen Regierung mit Füßen getreten werden, für Menschen in Palästina wieder gelten
- das palästinensische Volk ihr Existenz- und Selbstbestimmungsrecht zurück erhält.

Deutschland als ein Land, das sich den Menschenrechten verschrieben hat, muss sich endlich für Frieden und Gerechtigkeit in Gaza einsetzen. Es genügt nicht, dass die Außenministerin Annalena Baerbock sagt, dass die gegenwärtige israelische Politik gegen die Menschenrechte verstößt. Der Verstoß muss auch Konsequenzen nach sich ziehen. Diese gibt es in Deutschland nicht. Hier spielt die Bundesregierung konsequent die Rolle der drei Affen.

Es gibt keine Zweiklassen-Opfer. Palästinenserinnen und Palästinenser sind auch Menschen und haben ein Recht auf Leben und Schutz!

### Bei Rückfragen:

BIG Partei | Telefon: (0 69) 15 32 28 49 | E-Mail: [presse@bigpartei.de](mailto:presse@bigpartei.de)  
Mainzer Landstraße 351, 60326 Frankfurt am Main | [www.bigpartei.de](http://www.bigpartei.de)